

Antrag: Der 11. September und seine Folgen

Antragsteller: BeKo 2002

Seit den Anschlägen des 11. September 2001 wird deutlich, was viele schon lange vorhergesagt hatten: Die Europäische Union verabschiedet sich endgültig vom Bild der Friedensmacht und baut immer weiter ihre eigenen, von den USA unabhängigen, Eingriffskapazitäten aus. Dass diese Entwicklung schon lange vorher eingesetzt hat, wird aus der Militärpolitik der letzten 10 Jahre deutlich.

1991-2001 – Das Ende der sozialen Bewegung?

Im Januar 1991 bombte eine Reihe von Staaten mit UNO-Mandat und 14 Milliarden DM Zuschuss aus Bonn gegen den Irak. Die deutsche Bevölkerung reagierte daraufhin entsetzt. Demonstrationen und Protestkundgebungen gehörten zum Alltag. Als im März 1999 die Nato einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg führt ist die rot-grüne Bundeswehr in vorderster Front dabei. Außenminister Joschka Fischer reklamiert Auschwitz als historische Legitimation für eine deutsche Teilnahme an Bomben. Große Proteste bleiben aus. Die nächste Intervention in Makedonien im Sommer 2001 wird von der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen und verschwindet im Sommerloch. Seit Oktober letzten Jahres zieht die Bundesregierung Schulter an Schulter mit den USA in den Krieg gegen den Terrorismus. Bis heute wurden keine Beweise offen gelegt, liegen keine Schuldeingeständnisse vor. Die Bevölkerung der BRD bleibt weitgehend ruhig.

Klimawechsel in der Welt

Der anscheinend schon längst vollzogene Klimawechsel bei den sozialen Bewegungen hängt ganz wesentlich mit einem neuen Bild von Krieg zusammen. Die heute festzustellende Politik beginnt nach dem Fall der Mauer; nach dem Ende der Blockkonfrontation in ihrer bisherigen Form. Deutschland fordert immer mehr Einfluss bei der Neuordnung der Welt. Erstes sichtbares Zeichen sind im Jahre 1992 die "Verteidigungspolitischen Richtlinien" unter Verteidigungsminister Stoltenberg. Hier ist erstmals offiziell die Rede von der Wahrnehmung von Interessen im Gegensatz zu den Aussagen des Grundgesetzes: "Der Bund stellt Truppen zum Zwecke der Verteidigung auf." Die Rede von "Interessen" und von der durch Deutschland nun, nach der Wiedervereinigung zu übernehmenden Verantwortung löste die tiefe Legitimationskrise der Bundeswehr, die sich mit der Auflösung von UdSSR und Warschauer Vertragsorganisation (WVO) ergeben hatte. Diese neue Anlage der Sicherheitspolitik der westlichen Staaten wird auf breitere Füße gestellt mit dem neuen NATO-Statut, in dem drei wesentliche Neuerungen fixiert sind:

1. auch die NATO spricht nun nicht mehr von "Verteidigung" im Falle eines Angriffs auf ein Mitgliedsland, sondern von der Wahrung von Interessen
2. das Aktionsgebiet der NATO ist fortan nicht mehr auf den nordatlantischen Raum begrenzt; die Interessen werden global wahrgenommen;
3. die NATO agiert fortan notfalls auch ohne ein Mandat der UNO, d.h. selbstmandatiert (der Jugoslawienkrieg wird also im Nachhinein legitimiert).

Das neue Bild vom Krieg

Das Bild vom Krieg hat sich auch infolge des Vietnam-Traumas in den USA gewandelt. Zwei Faktoren sind hier zu nennen:

1. die Rede vom "Chirurgischen Schlag" oder auch von der "Technologisierung der Kriegsführung" legt nahe, dass die Armeen der Industriestaaten, vor allem natürlich die der USA, heute Ziele akkurat, d.h. gerade ohne die unerwünschten Nebeneffekte treffen und zerstören können. Die militärische Realität sieht allerdings anders aus: Beispielsweise traf im vergangenen Jugoslawien-Krieg lediglich ein Drittel (!) der hightech-Waffen ihre Ziele. Im Afghanistan-Krieg allerdings haben die USA bereits "Fortschritte" gemacht durch das "Echtzeit"-Bombardment: In geringen Höhen klärten unbemannte Drohnen auf - aus

großen Höhen wurden dann gleichzeitig Bomben geworfen. Die Treffergenauigkeit verbesserte sich deutlich.

2. Die Illusion vom "Krieg mit Null Toten" (bedeutet, dass man quasi ohne eigene Verluste Krieg führen kann. Die "Resultate" sind in der Tat beeindruckend: Im Golfkrieg betrug die Verluste der UN-Truppe lediglich ca. 150 Soldaten, im Jugoslawienkrieg gar nur noch wenige Dutzend Soldaten. Problematisch an diesem Bild vom "Krieg mit Null Toten" ist, dass er die Toten der Gegenseite, so im Irak mit seinen 300.000 Toten des zweiten Golfkrieges, oder auch die Zivilopfer in Jugoslawien, außer Acht lässt.

Die neue Art der Legitimation

Die Rechtfertigungsbasis für Kriege hat sich gewandelt. Führte man früher offen Eroberungs- oder Kolonial-Kriege, definierte man insbesondere nach den Grauen des 2. Weltkrieges Rüstung als notwendig zum Zwecke der Verteidigung (die Kriegs- hießen nun Verteidigungsminister). Heute führt man Kriege gegen "Diktatoren" von "Schurkenstaaten", und zum Wohle der Menschenrechte. Obendrein nennt man diese Kriege dann auch noch "Luftschläge", die angeblich friedenserhaltenden oder Friedensschaffenden Charakter haben.

Die Medien, vor allem das Fernsehen, haben eine neue Rolle in der Sicherheitspolitik inne. Der Irak-Krieg der NATO läutete eine neue Ära ein: Nun begleiten TV-Teams Kriege mit live-Übertragungen. Ziel ist es dabei nicht, freien kritischen Journalismus zu ermöglichen, sondern lenkend in den Informationsprozess einzugreifen. Wie durch Selektion der Nachrichtenströme und Manipulation von Bildern Stimmung in der Bevölkerung gemacht wurde, ist nachträglich im Golf- und im Kosovokrieg nachgewiesen worden. Der Krieg in Afghanistan geht hier aber ganz neue Wege. Zu Beginn des Krieges waren nur Bilder in den Medien, die vom Pentagon gedreht und frei gegeben wurden. Medienpolitische Kritik wurde als unsolidarisch deklariert, die Personen die kritisierten als „Terroristen-Freunde,, beschimpft.

Auch die neue (u.a. deutsche, hier von Innenminister Schily eingeführte) Strategie, Kriegsflüchtlinge "vor Ort" zu versorgen, d.h. die Kriegführenden Länder und ihre Bevölkerung nicht mehr mit den unmittelbaren Folgen ihrer Kriege zu konfrontieren, dient dem einen Ziel: Die Schwelle vor der bewaffneten Konfliktlösung soll weiter gesenkt werden. Kamen in den frühen 90er Jahren noch 400 - 500.000 Flüchtlinge aus Jugoslawien nach Deutschland, so betrug deren Zahl im Krieg von 1999 nur noch weniger als 100.000. So wird verhindert, dass die Bevölkerung die Kriegsfolgen sieht und den Krieg negativ beurteilen kann. In den Medien gibt es dagegen fast nur Bilder von den Menschenrechtsverletzungen im Land, die durch das Intervenieren der westlichen Staaten gestoppt werden sollen.

Die Bedeutung der Wehrpflicht

Die Abschaffung bzw. Aussetzung der Wehrpflicht, hätte fatale Folgen. Die Existenz einer Armee von Freiwilligen macht es leichter, Truppen in einen Krieg zu schicken als eine Wehrpflichtigen-Armee. Auch wenn der folgende Satz vereinfachend erscheint: "Eine Wehrpflichtarmee muss der Bevölkerung erklären, warum sie in den Krieg zieht. Eine Berufsarmee muss erklären, warum sie nicht in den Krieg zieht..." So tut sich eine interventionsbereite Regierung sicherlich leichter im Umgang mit Berufssoldaten. Kriegführen und Intervenieren wird zum normalen Politikvollzug. Die Wehrpflicht wird derzeit von der militärischen und politischen Führung vornehmlich aufrecht erhalten zum Zwecke eines besseren Zugriffs auf ein größeres Personal-Spektrum eines jeden Jahrgangs. Die Bundeswehr ist nämlich, im Gegensatz zu mancherlei Spekulationen, nicht daran interessiert, ein Sammelbecken Rechtsradikaler oder Marginalisierter, Arbeitsloser etc. zu werden.

Der Status Quo

Die US-Regierung hat die Terroranschläge zum "Krieg" gegen die USA und gegen die "Zivilisation" erklärt. Sie verdeutlichte in diesem Zusammenhang wiederholt, dass sie von

einem langen "Feldzug" gegen den Terrorismus ausgehe, der sich auch nicht auf Afghanistan beschränken werde. Verschiedene - den internationalen Terrorismus vermeintlich fördernde - Staaten wurden genannt, in denen die Intervention weitergeführt werden könnte: Irak, Somalia, Sudan... Anfang Dezember 2001 war die Rede von etwa 50 Staaten, die sich im Visier der USA befänden. Die Regierung Bush hat mit ihrer Rede vom "Krieg" gegen die USA und dem notwendigerweise langen Abwehrkampf eine Legitimationsgrundlage zu schaffen versucht für eine Politik der permanenten Intervention. Auch eine neue Welle der Aufrüstung (u.a. NMD) ist hiermit verbunden. Die FAZ (Jordan Mejias am 10.12.2001) schrieb in diesem Zusammenhang über die plötzliche Renaissance des Gedenkens an Pearl Harbor und seine Veteranen in den USA: "Pearl Harbor muss derweil als leuchtendes Beispiel dienen, als Rezept, wie ein Trauma nicht nur zu überwinden ist, sondern durch den aufopfernden Einsatz der gesamten Nation auf viele Jahre hin patriotische Zinsen abwirft."

Das "neue Kriegsbild" bedeutet im wesentlichen, dass wir es im Massenbewusstsein gar nicht mehr mit "Kriegen" zu tun haben, sondern mit einer besonderen, durch die neuen Unsicherheiten der internationalen Gesellschaft erforderten, Form der Sicherheitspolitik. Sicherheitspolitik wird hier freilich, und das ist der Sinn des Ganzen, auf Militärpolitik reduziert. Die mächtigen und reichen Staaten der Erde wollen auf Terrorismus und vor allem auf die wachsenden sozialen Probleme nicht mehr politisch, sondern mit permanenter Intervention reagieren. Die Bundesrepublik Deutschland passt mit ihrer gerade vollzogenen und durch den Makedonien- und Afghanistan-Einsatz gleichsam gekrönten Wende von einer (Tendenz zur) Zivillogik hin zur Militärlogik gut in diese neue sicherheitspolitische Welt. Die "Enttabuisierung des Militärischen" (Bundeskanzler Schröder) ist weitgehend vollzogen.

Verstärkung des Friedensdienstes

Dass aufgrund dieser Entwicklungen akuter Handlungsbedarf besteht haben die oben genannten Beispiele zuhauf gezeigt. Ein Stop dieses angedeuteten Prozesses ist aber nur durch die konsequente Umsetzung nichtmilitärischer Konfliktbewältigung möglich. Die Zukunft des internationalen Konfliktmanagements muss daher in solchen Maßnahmen liegen.

Dies muss zudem unterstützt werden durch:

- die Einrichtung eines geregelten zivilen Friedensdienstes
- die Verdreifachung der Zuschüsse an die OSZE in den nächsten beiden Jahren
- den Aufbau eines unabhängigen Konfliktzentrums im Rahmen der UN

Verteilungskämpfe verhindern

Frieden ist nur dort zu erreichen, wo die Menschen frei von wirtschaftlicher Not sind. Verteilungskämpfe um lebensnotwendige Ressourcen werden immer wieder zu bewaffneten Konflikten führen. Dies bedeutet, dass der Entwicklungshilfe-Etat im Bundeshaushalt drastisch erhöht und internationale Hilfsorganisationen gestärkt werden müssen. Die deutsche Entwicklungshilfe darf dabei nicht die Interessen der deutschen Wirtschaft in den Vordergrund ihrer Überlegungen rücken, sondern die soziale Lage der Menschen vor Ort. Die Verteilung von Armut und Reichtum muss auf internationaler wie auf nationaler Ebene so diskutiert werden, dass endlich Umverteilungsmechanismen in Gang gesetzt werden. Es muss ein sofortiger Schuldenerlass für die Länder der sog. Dritten Welt erfolgen. Er darf an keine politischen Bedingungen geknüpft werden. Die Demokratisierungsprozesse in allen Staaten sollen durch die Internationale Staatengemeinschaft sowohl finanziell auch als ideell unterstützt werden. Der interkulturelle Dialog muss ausgebaut werden. Der Legende vom Kampf der Kulturen muss entschieden entgegen getreten werden.

Rüstungsexporte stoppen

Immer noch ist die BRD einer der wichtigsten Waffenexporteure. Wer Waffen herstellt und verkauft, darf sich nicht wundern, wenn sie auch eingesetzt werden. Also: Alle

Rüstungsprojekte müssen sofort gestoppt werden. Wir brauchen ein sofortiges Verbot von Waffenexporten jeglicher Art. Auch die Belieferung von kernwaffenfähigem Material, biologischen oder chemischen Kampfstoffen muss untersagt werden. Die Abrüstung muss, auch unter Einsatz von Sanktionen, vorangetrieben werden.

Menschenrechte wahren

Die Kompetenzen der UNO müssen in Zukunft gestärkt werden. Dies bedeutet auch eine Erhöhung der finanziellen Mittel. Gleichzeitig muss auch eine Diskussion über eine Reform der UNO geführt werden. Eckpunkte müssen hierfür sein:

- die Einhaltung der Menschenrechte seitens der Mitgliedsländer
- wie die Sanktionen bei Missachtung von Menschen-rechten aussehen sollen und deren Durchsetzung
- wie die UNO auch gegen Industriestaaten mehr Einfluss gewinnt (z.B. USA)

Außenpolitik orientiert sich noch immer zuerst an den Bedürfnissen der Exportwirtschaft. Dabei wird keine Rücksicht auf Menschenrechte, sondern nur auf Märkte genommen. Eine Politik für die Menschen auch in der Außenpolitik umzusetzen heißt:

der Verzicht auf das Anprangern von Menschenrechtsverletzungen aus außenwirtschaftlicher Rücksichtnahme muss ein Ende haben. Dies gilt insbesondere für das Verhältnis zur VR China. Handelserleichterungen und Hermesbürgschaften sind nur noch für den Handel mit solchen Ländern zu gewähren, die die Allgemeine Erklärung der Menschen-rechte auch umsetzen. Auf der anderen Seite muss auch hier ein System positiver Sanktionierung entwickelt werden, dass die Einhaltung der Menschenrechte auch honoriert. Krieg und Terrorismus haben ihre Ursache auch im Versagen des unregulierten kapitalistischen Systems Wohlstand gerecht zu verteilen. Es gibt Alternativen zu den bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen. Diese zu formulieren und umzusetzen bleibt Aufgabe einer modernen und fortschrittlichen Linken.

Europa als zivile Friedensmacht

Der Wandel, der sich außenpolitisch vollzogen hat ist tief greifend und steht kurz davor ohne größere Kritik anerkannt zu werden. Es ist also höchste Zeit einzugreifen und für ein Europa als zivile Friedensmacht zu kämpfen. Der Weg dorthin kann nur über zwei Ebenen erfolgen. Zum einen werden sich die Jusos Bündnispartner suchen müssen, um eine breite Gegenöffentlichkeit zu schaffen. Zum anderen müssen die Jusos in der SPD verschärft Forderungen einbringen und durchsetzen.